

28.03.23**Antrag
des Freistaates Bayern**

Entschließung des Bundesrates „Neue Eigenwohnraumfrderung“

Der Bayerische Ministerpräsident

München, 28. März 2023

An den
Präsidenten des Bundesrates
Herrn Ersten Bürgermeister
Dr. Peter Tschentscher

Sehr geehrter Herr Prsident,

gemäß dem Beschluss der Bayerischen Staatsregierung wird die als Anlage
beigefügte

Entschließung des Bundesrates „Neue Eigenwohnraumfrderung“

mit dem Antrag übermittelt, dass der Bundesrat diese fassen möge.

Es wird gebeten, die Vorlage gemäß § 36 Absatz 2 GO BR auf die Tagesordnung
der 1032. Sitzung am 31. März 2023 zu setzen und anschließend den zuständigen
Ausschüssen zur Beratung zuzuweisen.

Mit freundlichen Gren
Dr. Markus Söder

Entschießung des Bundesrates „Neue Eigenwohnraumförderung“

Der Bundesrat möge beschließen:

1. Der Bundesrat stellt fest, dass eine Eigenheimzulage eine wirksame und unkomplizierte Möglichkeit ist, Bürgerinnen und Bürger bei der Bildung von Wohneigentum zu unterstützen. Der Bundesrat fordert daher die Bundesregierung auf, eine Eigenheimzulage in Form eines einmaligen Zuschusses in Höhe von 10.000 Euro je Objekt für den Erwerb oder Bau von Wohnraum für eigene Wohnzwecke zu schaffen. Die Einkommensgrenzen für Antragsberechtigte sollen dabei so bestimmt werden, dass Haushalte mit zwei Personen über ein Haushaltseinkommen von bis zu 70.000 Euro brutto verfügen dürfen. Für jedes im Haushalt lebende Kind soll die Grenze um 15.000 Euro erhöht werden.
2. Der Bundesrat stellt fest, dass mit dem von der letzten Bundesregierung erfolgreich gestarteten Baukindergeld rund einer halben Million Familien in Deutschland geholfen werden konnte, Eigentumswohnungen oder Häuser zu kaufen oder zu bauen.

Der Bundesrat fordert daher die Bundesregierung auf, in Ergänzung zur Eigenheimzulage ein neues Baukindergeld einzuführen – mit insgesamt 15.000 Euro staatlichem Zuschuss pro Kind in zehn Jahren.

Begründung:

Ein Eigenheim ist für viele Menschen ein wichtiges Lebensziel. Neben der Verwirklichung der eigenen Wohnideen verspricht ein Eigenheim Sicherheit im Alter. Das Ziel ist daher die Erhöhung der Wohneigentumsquote und die Unterstützung von Haushalten, die andernfalls dazu nicht in der Lage wären, selbst Wohneigentum zu bilden. Angesichts der aktuellen Rahmenbedingungen im Wohnungsbau ist es dringend erforderlich, dass der Bund neue Fördermöglichkeiten in diesem Bereich schafft beziehungsweise wieder auflegt.